

#RENTE #SOZIALPOLITIK #SENIOREN 17. Dezember 2021

Altersarmut in Deutschland – Weiterhin großer Handlungsbedarf

Mehr als jede fünfte Person (22,4%) in Deutschland in der Altersgruppe über 80 Jahren ist von Armut betroffen.



Das ist das erschreckende Ergebnis des Berichtes „Das Einkommen der Hochaltrigen in Deutschland (<https://ceres.uni-koeln.de/forschung/d80>)“.

„Diese Zahlen bekräftigen, was wir zuletzt anlässlich der Veröffentlichung des Koalitionsvertrages gefordert haben (</meldungen/details/news/alterssicherung-koalitionsvertrag-mit-licht-und-schatten-9337/>): Es braucht eine dauerhafte Sicherung des Rentenniveaus und im weiteren Schritt eine Anhebung auf mindestens 50 Prozent sowie die zügige Umsetzung der angekündigten Verbesserungen bei der Grundrente und den Erwerbsminderungsrenten. Die Ampelkoalition sollte zudem umsteuern und den Nachholfaktor bei der Rentenanpassung ausgesetzt lassen

(/meldungen/details/news/evg-nachholfaktor-bei-der-rente-nicht-wiedereinsetzen-9393/)“, so Martin Burkert, stellvertretender EVG-Vorsitzender dazu.

Als Einkommensarmut wird ein maximales Einkommen von 1.167 Euro im Monat definiert, dies betrifft 14,8% der Gesamtbevölkerung, also deutlich weniger als bei den über 80-Jährigen.

Auffällig ist neben dem Zusammenhang von Bildung und Einkommen (die Armutsquote bei Niedriggebildeten liegt bei über 40%) vor allem die deutlich höhere Betroffenheit von Frauen. Fast jede Dritte zählt als arm und ihr Durchschnittseinkommen ist 300 Euro niedriger als das hochaltriger Männer. Schlimm sieht es vor allem bei den Frauen aus, die nie einer Erwerbsarbeit nachgegangen sind – hier ist mehr als die Hälfte der über 80-Jährigen von Armut betroffen.

„Wir fordern als EVG weiterhin, dass es eine bessere Anerkennung der Zeiten braucht, in denen Kinder oder Pflegebedürftige betreut wurden. Diese unbezahlte Arbeit muss fairer zwischen den Geschlechtern verteilt werden, genau wie auch die Vollzeitwerbsarbeit“, so Burkert abschließend.

Die EVG hatte zur Bundestagswahl von allen demokratischen Parteien gefordert, sich auch in der aktuellen Pandemie für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an Vollzeitwerbsarbeit einzusetzen. Daran und an ihren Fortschritten zur Bekämpfung der Altersarmut wird die EVG die Bundesregierung messen.